Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133;

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 22835.

Nr. 388. Halle, Sonnabend, den 20. August 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Die große Leidenschaft.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Gewisse Ereignisse wirken wie Blitzlichter in dunkler Nacht; man erkennt plötzlich Zustände mit großer Schärfe und Genauigkeit, an denen man bisher achtlos vorübergegangen ist. Der Durchschnittsbürger hat sich wenig um das gekümmert, was auf den Rennbahnen und auf der Börse vor sich ging. Er lag friedlich seiner Tagesarbeit ob, und wenn er das Verlangen nach Zerstreuung in sich fühlte, dann ging er dahin, wo bescheidene Kunst oder Unterhaltung geboten wird. Neben diesen Leben bürgerlicher Selbstzufriedenheit agiert noch ein anderes: das nervöse Hasten nach Genuß und schnellem Reichtum. Ein Teil des Volkes ist von einem wilden Taumel erfaßt. Gewiß trägt an diesen Zuständen auch die Zeit ihr gerüttelt Maß von Schuld. Der Krieg hat alle Sitten gelockert, der Zusammenbruch hat den moralisch Schwachen auch nicht gerade zu einer Stütze verholfen. Die wachsende Teuerung legt den Gedanken furchtbar nahe, durch Spiel oder Wette das bescheidene Einkommen zu mehren. So kommt es, daß heute nicht nur die Großstädte Spielklubs aufweisen, sondern daß in den entlegendsten Badeorten und selbst in Kleinstädten dem Spiel gefröhnt wird. Die Rennbahnen sind an jedem Renntage zum Erdrücken voll, und die Börse muß wöchentlich drei Ruhetage einlegen, um nur Luft zu bekommen. Neben den bescheideneren Existenzen ist es natürlich auch der Schieber, diese traurige Kriegs- und Revolutionsfrucht, der dort zu ernten hofft, wo er nicht gesäet hat. Es muß leider ausgesprochen werden, daß kein Stand oder Beruf, keine Schicht und kein Geschlecht an diesen traurigen Zeiterscheinungen keinen Anteil hätte. Diese große moralische Krankheit hat sich durch das ganze Volk hindurchgefressen, und man muß nur hoffen, daß mit der allmählichen Genesung von den geistigen Verwüstungen der Kriegszeit das Volk auch in dieser Hinsicht wieder gesunde.

Ein besonders trauriges Zeichen der Zeit ist es aber, daß es gewissenlose Menschen gibt, die die große Leidenschaft der Gegenwart zusogen im Großbetrieb für ihre eigennützigen Zwecke nutzbar zu machen trachten. Der Zusammenbruch mehrerer Wettkonzerne hat in dieser Hinsicht nach zwei Richtungen hin betrübende Zustände aufgedeckt. Es gibt Leute, die ihr Letztes verkaufen, um durch Wetten oder Glücksspiel die kärgliche Habe zu mehren. Und es gibt gewissenlose Subjekte, die sich nicht schämen, unter den schwindelhaftesten Vorspiegelungen die Schwächen ihrer Mitmenschen auszubeuten und ihnen allen ohne jeden Unterschied das Geld aus den Taschen zu ziehen. Es ist nicht zweifelhaft, wer hier der Schlimmere ist. Jene Großunternehmer haben sich nicht darauf beschränkt, in den Großstädten ihre Annahmestellen zu errichten, sondern wie ein ekler Vampir strecken sie ihre Saugarme hinaus in das Land und über das an sich gezogene Geld fehlt jede Kontrolle. Es ist charakteristisch, daß der Hauptverleger dieses Massenelends politisch jener Richtung angehörte, die in wütendster Rassenverhetzung fortgesetzt erklärt, daß alles Unglück und alle Unmoral vom „jüdischen Einfluß" käme. Herr Karl Köhn war nicht nur ein deutschvölkischer Vorkämpfer, er benutzte sogar ein Fachblatt zu seiner besonderen politischen Agitation. Daß er daneben noch eine höchst dunkle Vergangenheit besaß, scherte seine Parteigenossen offenbar nicht im mindesten. Befruchtete er doch spaltenlang die rechtsstehende Presse mit fetten Inseraten, und die rechtsstehende Presse hat gegenüber diesem Treiben die publizistische Pflicht der Kritik mehr als einmal vernachlässigt. Ja, sie geht so weit, daß sie den ganzen Zusammenbruch mit wenigen Zeilen behandelt und den politischen Charakter ihres Gönners schamhaft verschweigt. Wo sind jetzt die Vorkämpfer gegen die Korruption und für die Reinheit und Gesundung des Volkes? Ach, wie so oft strauchelt hier die Schar der nationalen Pharisäer. Gewiß, man darf auch hier nicht verallgemeinern. Wir sind überzeugt, daß der ganze anständige Teil der rechtsstehenden Kreise dieses Treiben ebenso scharf verurteilen wird, wie wir. Aber ein Zufall ist es nicht, daß sich unter dem Deckmantel einer besonderen nationalen Gesinnung unlautere Zwecke regen. Dafür sind die Fälle von Hammerstein, über Schack und Bierlimpel bis zu Köhn doch zu charakteristisch.

Ohne Unterschied der Parteien sollten aber alle Kreise unseres Volkes, denen der nicht minder wichtige moralische Wiederaufbau am Herzen liegt, daran mitwirken, daß die traurigen Zeiterscheinungen rücksichtslos bekämpft werden. Die Presse darf in dieser Hinsicht vor allem ihre Pflicht nicht versäumen.

Die Verstärkungen für Oberschlesien.

Nach dem „Temps" sollen die alliierten Regierungen sich über die Höhe der nach Oberschlesien zu entsendenden Verstärkungen einig sein. Großbritannien werde zwei Bataillone schicken, Italien ebenfalls, Frankreich aber eine Brigade. Es bleibe nur noch das Datum für den Truppentransport festzusetzen.

Gesunder Menschenverstand.

Es ist erfreulich, zu beobachten, wie in England die Einsicht von der Unhaltbarkeit des Versailler Friedensvertrages im Wachsen begriffen ist. Unter der Ueberschrift „Was wir denken" veröffentlicht der Herausgeber des „Common Sense" eine Betrachtung, in der er diesen Vertrag als die grundlegende Falschheit bezeichnet, aus dem alle nachfolgenden Uebel entsprungen sind. Deutschland habe jetzt schon eine gigantische Strafe gezahlt, diese Revanche fernerer Beladen von Zwangsmaßnahmen hindurch fortdauern zu lassen, heiße ein Verbrechen an der ganzen Menschheit begehen, zu dessen Opfer auch die Bevölkerungen Englands und Frankreichs werden müßten. Die imperialistische Politik Frankreichs müsse zu einem englisch-französischen Bruche führen und sei ein Schritt näher zu Englands industriellem Selbstmord. Es gäbe nur einen Weg der „Reparationen": den Versailler Vertrag, der auf einer Lüge gegründet sei, neu zu schreiben. Hoffen wir, daß diese Erkenntnis in der ganzen Welt wächst!

Die Isolierung Frankreichs.

Der frühere englische Arbeiterführer und Unterhausabgeordnete Snowden, der jetzt von einer Reise nach Prag und Wien nach London zurückgekehrt ist, erklärte einem englischen Pressevertreter, daß die französische Politik die Zukunft für ganz Europa ganz außerordentlich schwierig gestalte. Die Franzosen wüßten ganz genau, was sie täten, sagte er, und sie hätten auch genug Verstand, um die Folgen ihres Tuns zu erkennen, aber sie wollten, daß alle Welt sich der französischen Politik beuge und durch sie leide. Es sei jetzt die höchste Zeit, daß die Regierung es ablehne, den Franzosen auf dem Wege zum Ruin zu folgen. Man könne schon jetzt nicht verstehen, daß man überhaupt soweit mit Frankreich zusammengegangen sei. Snowden findet, daß Frankreich heute die bestgehaßte Nation der Welt ist.

Das Verfahren im Völkerbundsrat.

Nach einer Havasmeldung hat Ishii, der derzeitige Präsident des Völkerbundsrates Quinones de Leon, den Vertreter Spaniens beim Völkerbundsrat, ersucht, das Amt des Berichterstatters in der außerordentlichen Sitzung des Völkerbundsrates, die für den 29. August nach Genf einberufen ist, zu übernehmen.

Jeder Besprechung des Völkerbundsrates geht eine möglichst vollständige und möglich unparteiische Prüfung der Angelegenheit voraus. Zu diesem Zwecke beauftragt der Präsident für jede Angelegenheit, mit der sich der Völkerbundsrat befaßt, ein Mitglied, einen Bericht vorzubereiten, der dazu bestimmt ist, den Mitgliedern des Rates alle Auskünfte und Aufklärungen zu liefern, die sie im Laufe der Besprechungen nötig haben könnten. Bei der Eröffnung der Sitzung verliest der unterrichtete Berichterstatter seinen Bericht, der sogleich an alle Mitglieder des Völkerbundsrates verteilt wird. Nach Beendigung des Berichtes findet dem Falle entsprechend entweder sofort eine Besprechung statt, oder sie wird auf ein späteres Datum festgesetzt, um unter Umständen den Mitgliedern des Völkerbundsrates die Möglichkeit zu geben, den Bericht einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und vom Berichterstatter gegebenenfalls vervollständigte Auskünfte zu erbitten. Nach dieser eingehenden Prüfung der Angelegenheit sprechen sich dann die Mitglieder des Völkerbundsrates aus.

Von der interparlamentarischen Konferenz.

In der Donnerstag-Vollversammlung der interparlamentarischen Konferenz referierte über die Frage der Einschränkung der Rüstungen zunächst Branting-Schweden, der feststellte, daß zwischen der interparlamentarischen Union und dem Völkerbunde keine Konkurrenz bestehe. Den Regierungen sei es leichter, die Zaghaftigkeit und Langsamkeit, die den Völkerbund jetzt kennzeichnen, zu überwinden, wenn sie die Parlamente hinter sich hätten. Er beantragte daher, daß die Union an der Lösung der so wichtigen Frage der Rüstungseinschränkung aktiv teilnehme. Schweden, Dänemark und China hätten sich schon verpflichtet, während der kommenden zwei Jahre die Rüstungsausgaben des laufenden Jahres nicht zu überschreiten. Branting lobte die Initiative der Vereinigten Staaten in der Frage der Beschränkung der Rüstungen zur See. Tanaka, Japan, erklärte, das japanische Volk wünsche lebhaft eine Abrüstung und hoffe, daß die Washingtoner Konferenz Erfolg haben werde. Graf Raoul Hamilton, Schweden, äußerte sich zugunsten der Abschaffung der Militärdienstpflicht. Die Konferenz nahm schließlich den Antrag Branting an.

Der frühere holländische Finanzminister Dr. Treub erstattete hierauf Bericht über die internationalen Wirtschafts- und Finanzprobleme und den Völkerbund. Nach kurzen Ausführungen von Hermann Müller (Deutschland) über die allgemeine Wirtschaftslage Deutschlands wurde eine von dem Interparlamentarischen Rat vorgeschlagene und von Dr. Treub unterstützte Resolution angenommen, derzufolge eine interparlamentarische Wirtschafts- und Finanzkommission geschaffen werden soll, die die im Berichte Dr. Treubs erwähnten sowie andere gleichartige Probleme studieren und bei künftigen interparlamentarischen Konferenzen darüber berichten soll.

In der Freitag-Vollversammlung der interparlamentarischen Konferenz wurde die Stellungnahme der Interparlamentarischen Union zu den internationalen Arbeitskonferenzen weiter erörtert. Die gestern eingebrachte Resolution Engberg wurde angenommen.

Französische Eingriffe in das Schulwesen im Saargebiet.

Der Lehrerverein in Homburg-St. Ingbert hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der Lehrerverein Homburg-St. Ingbert erhebt Einspruch gegen alle Maßnahmen der Regierungskommission des Saargebietes, die dahin gehen, für dasselbe eine eigene Schul- und Lehrgesetzgebung zu schaffen. Die geplante Einführung einer saarländischen Schul- und Lehrordnung und eines saarländischen Lehrplanes mit Unterricht in französischer Sprache als Pflichtfach, ferner die Frankenentlohnung sowie die Ablegung der Zwischenprüfung im Saargebiet mangeln jeder sachlichen Notwendigkeit. Alle diese Maßnahmen sind vielmehr geeignet, die einzelnen Bezirke vom Stammlande zu trennen, und aus dem Saargebiet einen neuen Staat zu schaffen, was dem Geiste des Friedensvertrages widerspricht. Der Lehrerverein will, daß dem Saargebiet die deutsche Volksschule erhalten bleibt.

Die Machenschaften des Sonderbündlers Smeets.

Der unter dem Schutz der alliierten Besatzungsbehörde stehende Herausgeber der „Rheinischen Republik" Smeets verbreitet das Gerücht, es bestehe eine Liste mit über 120 000 Unterschriften, hauptsächlich aus Kreisen der rheinischen Arbeiter, Bauern und Kaufleute, die sich für eine neutrale rheinische Republik erklärt hätten. Wer die Liste nicht unterzeichne, werde in kürzester Zeit aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen werden.

Wie der öffentliche Anzeiger in Kreuznach mitteilt, sind diese Behauptungen des Sonderbündlers falsch. Es scheint um die Sache dieses Herrn schlimm zu stehen, wenn er gezwungen ist, zu solchen unsauberen Mitteln zu greifen.

Die irische Frage.

Im englischen Oberhause erklärte gestern Lord Curzon, die Regierung habe Irland alles angeboten, was gegeben werden könne, ohne die Sicherheit des Reiches, die Souveränität der Krone und die Einheit des britischen Reiches zu gefährden. Das Land stehe felsenfest gegen eine vollständige Abtrennung Irlands, keine Regierung könne dieses gewähren, denn sie würde Bürgerkrieg in Irland und den wirtschaftlichen Ruin Irlands bedeuten. Der Lordkanzler erklärte, wenn die Verhandlungen zusammenbrechen sollten, so würde man zu Feindseligkeiten gezwungen werden in einem Maße, wie dies bisher niemals gegenüber Irland geschehen sei. Die Regierung werde vor keinerlei Maßnahmen zurückschrecken, die etwa nötig werden könnten, um zu verhindern, daß ein wesentlicher Teil der britischen Inseln sich von der britischen Verfassung loslage. Die Regierung stehe oder falle mit dem, was sie angeboten habe. Die Entscheidung, ob es angenommen oder verworfen werden solle, liege jetzt auf der anderen Seite.

Wie die Blätter melden, hielt der König in vergangener Nacht um 2 Uhr einen Kronrat ab. Für heute nachmittag ist das Kabinett zu einer Sitzung einberufen.

In Dublin wurde gestern abend bekanntgegeben, daß das Sinnfeiner-Parlament die Antwort auf die Vorschläge der britischen Regierung am Montag in einer Geheimsitzung erörtern wird

Eine Reichsbehörde, der das Reich kein Geld gibt.

Als das Arbeitsministerium die Idee der psychotechnischen Eignungsanstalten im Jahre 1918 aufgriff, wurde ein „Reichsausschuß für Arbeitswissenschaft" gegründet, dessen Aufgabe in dem Studium der Frage der praktischen Psychologie bestehen sollte. Bevor dieser Ausschuß seine Arbeiten aufnehmen konnte, stellte es sich heraus, daß er wegen völligen Geldmangels dazu nicht in der Lage war. Jede durch das Reichsarbeitsministerium vom Reichsfinanzministerium geforderte Summe zum Studium der Frage der psychotechnischen Prüfungen wurde von diesem abgelehnt. So ergibt sich die seltsame Tatsache, daß der „Reichausschuß für Arbeitswissenschaft" zwar besteht, aber nicht arbeiten kann.

Dennoch sind die Pläne des Reichsarbeitsministeriums nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben worden. Handelt es sich doch bei der Frage der psychotechnischen Eignungsprüfungen um nichts Geringeres, als um die Erhöhung der Produktion ohne Mehrausgaben. Welchen Wert die psychotechnischen Eignungsprüfungen für die Auswahl des geeigneten Personals birgt, geht aus einem kleinen Vorgang hervor, der sich vor kurzem in einem großen Berliner Industriebetriebe abspielte. Dabei wurden zwei Gruppen Lehrlinge, eine geprüfte und eine ungeprüfte, eingestellt. Bei der Herstellung bestimmter Gegenstände hatten die geprüften Lehrlinge in einer gewissen Zeit sechzehn Stücke angefertigt, während die ungeprüften erst das sechste Stück bearbeiteten.

Die Absichten des Arbeitsministeriums gehen dahin, das Reichsarbeitsministerium als Brücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu verwenden. Während bis jetzt die einzelnen praktisch-psychologischen Untersuchungen von der Wissenschaft und von den einzelnen Industrieunternehmungen für ihre speziellen Zwecke nebeneinander her und unabhängig voneinander unternommen werden, wird es Sache des Arbeitsministeriums sein, wissenschaftliche Theorie mit wirtschaftlicher Praxis zusammenzufassen. Insbesondere müssen vom Arbeitsministerium diejenigen Untersuchungen angeregt werden, die im Augenblick gerade für die Allgemeinwirtschaft von besonderer Wichtigkeit sind. So würde zum Beispiel jetzt die Frage der Möglichkeit einer Erhöhung der Produktion im Bergbau durch psychotechnische Maßnahmen zu untersuchen sein. Dabei müßte unter anderem erörtert werden, wie man das Werkzeug dem Bergarbeiter und im besonderen seiner Hand am zweckmäßigsten anpaßt, um so eine Produktionssteigerung zu erzielen. Auch das Problem der Berufseignung der Frau und die Fragen, welche Fähigkeiten sie von Natur aus mitbringt, und für welchen Erwerbszweig sie sich am besten eignet, wäre auf dem Wege der psychotechnischen Prüfungen zu lösen. Und von den ungeheuren Ersparnissen, die auf allen Gebieten erreicht werden würden, kann man sich ein ungefähres Bild machen, wenn man nur einmal die Ersparnisse, die sich bei der Großen Berliner

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210820037/fragment/page=0001

Straßenbahn auf zwölf Millionen belaufen, allein auf den um sehr viele Male größeren Betrieb der Reichseisenbahn überträgt.

Vorzunehmen wären die Prüfungen, nach den Absichten des Arbeitsministeriums, an den Psychologischen Instituten der Universitäten und Technischen Hochschulen, denen eine besondere, staatlich unterstützte Abteilung für praktische Psychologie anzugliedern wäre. Das Ministerium seinerseits hätte die Anregungen zu den Untersuchungen zu geben, ohne jedoch der freien Tätigkeit anderer auf diesem Gebiete Hindernisse in den Weg zu legen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer würden an diesen Untersuchungen beteiligt sein. Denn sonst würde jede von der Industrie eingeführte psychotechnische Neuerung bei den Arbeitnehmern auf Mißtrauen und Widerstand stoßen. Alle diese Hoffnungen und Entwürfe des Reichsarbeitsministeriums ruhen jedoch **wegen des Fehlens jeglicher finanzieller Unterstützung** und es ist nicht abzusehen, wann die Frage der psychotechnischen Auslesesanstalten praktisch in Angriff genommen werden kann.

Deutsches Reich.

Minister a. D. im parlamentarischen Regime. Man erinnert sich noch, wie die Deutsche Volkspartei, als sie in die Regierung eintrat, sich damit brüstete, sie werden „Fachmänner" stellen. Ihre Hoffnungen und Versprechungen wurden bitter enttäuscht, die Großindustriellen dachten gar nicht daran, ihre einträglichen Stellungen mit den schlechter bezahlten Ministerposten einzutauschen. Aber auch sonst haben vielfach Wirtschaftler, Industrielle, Kaufleute abgelehnt, den Ministerposten anzunehmen. Im „Hamburger Fremdenblatt" schlägt der demokratische Reichstagsabgeordnete Haußmann nun vor, „jedem, der dem Staat in einer höchsten Staatsstelle zu dienen verfassungsmäßig berufen war, für die Zeit nach dem Ausscheiden ein Existenzminimum zu garantieren, aber mit der Maßgabe, daß es entfällt oder sich senkt, wenn und solange neue Verdienstmöglichkeit ihn der Existenzsorge entbeht". Haußmann ist sich darüber klar, daß eine solche Maßnahme nicht eine „Lockspeise" sein würde, aber sie würde dazu dienen, daß die Minister „gerade auch aus den unteren Gesellschaftsschichten, deren Vertrauensmänner nicht entbehrt werden können, freier gegenüber der eigenen Partei" handeln können. Haußmann berührt hier einen sehr dunklen Punkt: die Stellung, die „freie Gewerkschaften" gegenüber einem ehemaligen Minister eingenommen haben, der sich nicht gescheut hat, Parteifreunden zu erklären, augenblicklich sei er nicht „Genosse", sondern verantwortlicher Minister. Jedenfalls würde der Vorschlag Haußmann der Gefahr die Spitze abbrechen, daß nur Beamte, die ja nach ihrem Ausscheiden hohe Pensionen beziehen, im wesentlichen die Ministerstellen besetzen und damit praktisch der Zustand des alten Regime wieder hergestellt würde, daß der Ministerposten gewissermaßen im Avancement erreicht werden kann.

Reichstagsvorlagen. Wie die „D. Allg. Ztg." erfährt, befinden sich unter den Gesetzesvorlagen, die dem Reichstage sogleich nach seinem Zusammentritt zugehen werden, auch eine Reihe von Entwürfen sozialpolitischen Inhalts, so umfangreiche Vorlagen über das Wohnungs- und Siedelungswesen sowie über das Beamten- und Schulgesetz und ferner dürften die großen Gesetzentwürfe über die Aenderung des Strafrechts und der neuen Strafprozeßordnung dem Reichstage baldigst zugehen.

Der neue deutsche Gesandte in Polen Freiherr v. Schoen hat gestern im Warschauer Ministerium des Aeußeren sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Auslands-Rundschau.

Die Zuspitzung der irischen Frage. Während das Sinnfeinerparlament in Dublin eine Geheimsitzung abhielt, um die Antwort auf das britische Angebot, Irland alle Rechte eines Dominions außerhalb des Reiches zu gewähren, zu beschließen, hielt das englische Kabinett unter dem Vorsitz Lloyd Georges ebenfalls eine Sitzung ab, die der irischen Frage gewidmet war. England ist gewillt, alle friedlichen Mittel zu erschöpfen, auch wenn die Verhandlungen erfolglos bleiben, läßt aber gleichzeitig durchblicken, daß es im schlimmsten Falle nicht davor zurückschreiten wird, eine militärische Aktion in bisher nicht dagewesenem Maße durchzuführen, wozu auch die beliebte Hungerblockade gehören würde. Nachdem de Valera erklärt hat, daß die Vorschläge der britischen Regierung unannehmbar seien, ist eigentlich nicht abzusehen, auf welcher Grundlage noch weitere Verhandlungen geführt werden könnten. Da aber Politik die Kunst des Möglichen ist, so scheint man in England zu hoffen, daß der Irenführer doch noch mit sich reden lassen wird. Die nächsten Tage werden wohl die Klärung bringen. Die Friedfertigkeit Englands hat zweifellos nicht ihren letzten Grund darin, daß das dringend erwünschte Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten durch eine neue militärische Aktion gegen Irland in Frage gestellt würde.

Die erste britische Funkstation. Gestern wurde in Leafield Oxford die erste Funkstation für drahtlosen Dienst des britischen Reiches eröffnet. Es wurden Meldungen auf eine Entfernung von 3000 Meilen ausgesandt. Hierdurch ist England mit Kairo drahtlos verbunden.

Aus der Republik Baranya. Da die serbischen Militärbevollmächtigten bisher keinerlei Befehl zur Räumung der laut Friedensvertrag zurückzugebenden Gebiete ausgegeben haben, hat der Kommandant der ungarischen Truppen, General Soos, auf Ersuchen des Bevollmächtigten der Ententekontrollkommission Oberst Gosset zugestimmt, daß die mit der Uebernahme zusammenhängenden militärischen Operationen, die heute hätten beginnen sollen, um 48 Stunden verschoben werden.

Abrüstung in Amerika. Wie der „New York Herald" aus Washington meldet, brachte Senator Borah eine Entschließung ein, in der die Herabsetzung der regulären Armee von 150 000 auf 100 000 Mann verlangt wird. Borah verspricht sich hiervon eine Ersparnis von 100 Millionen Dollar.

Die Neutralisierung der Aalandsinseln. Die finnische Regierung beschloß die Einladung des Völkerbundes zur Konferenz über die Neutralisierung der Aalandsinseln anzunehmen und die Abhaltung einer Konferenz im Oktober in Genf vorzuschlagen.

Japans besondere Stellung in Sibirien. Aus Tokio wird gemeldet, der Außenminister Otuma erklärte, die japanische Delegation auf der Washingtoner Konferenz müsse sich jedem Versuch widersetzen, sich den in Versailles gefaßten Beschlüssen bezüglich der Insel Yap und der Halbinsel Schantung anzupassen. Jedenfalls werde die „besondere Stellung" Japans in Sibirien, wo es 440 Millionen Yen angelegt habe, anerkannt werden müssen.

Kunst und Wissenschaft.

Kapellmeister Heinrich Wolfsahrt-Erfurt †. Im Alter von 35 Jahren starb in Erfurt an den Folgen einer Gehirnhautentzündung Kapellmeister Heinrich Wolfsahrt vom Erfurter Stadttheater, ein ungemein talentierter junger Künstler, der vor seiner Erfurter Tätigkeit am Weimarischen Hoftheater und in München gewirkt hatte.

H. K. Im Ernst Haeckel-Museum zu Jena sind, wie uns von dort berichtet wird, seit kurzem zahlreiche neue Objekte ausgelegt, welche die Persönlichkeit, die Arbeit und die Wirkung Ernst Haeckels in neues und interessantes Licht rücken. Es befinden sich darunter mehrere Bildnisse und Selbstbildnisse Haeckels, Karikaturen, Skizzen, Briefe, Notizen, Gedichte, Schmähbriefe, Adressen und viele andere Zeichen der Verhöhnung sowie der Dankbarkeit in buntem Wechsel. Von besonderem Interesse ist ein „Aufruf zu einer Ehrengabe für Ernst Haeckel" zum Ausbau der Phyletischen Museums von Ende Januar 1909, in dem es heißt: „Am 16. Februar vollendet Ernst Haeckel sein 75. Lebensjahr und legt wenige Wochen später nach 48jähriger, überaus erfolgreicher Lehrtätigkeit seine Professur nieder, um den Rest seines Lebens seiner letzten Schöpfung, dem Phyletischen Museum zu Jena zu widmen." Der Aufruf schließt mit den Worten: „Tausenden ist Haeckel ein begeisternder Lehrer gewesen und seine populären Schriften haben in der ganzen Welt die Freude an den Schönheiten der Natur und die Liebe zur Wahrheit geweckt und gefördert. Möge das deutsche Volk sich jetzt daran erinnern, was es diesem Manne verdankt." In einem der Schaukästen liegt ein Bild des hervorragenden Tübinger Zoologen Professor Dr. Eimer mit der eigenhändigen Widmung: „Ernst Haeckel, dem hochverdienten Forscher und hochdenkenden Menschen, der er ist und bleiben wird. . ."

Die Zukunft des Goethe- und Schiller-Archivs, neben dem Goethe-Nationalmuseum die bedeutsamste der Kulturstätten Weimars, erscheint für die Dauer gesichert. Die Gefahren für das Institut bestanden hauptsächlich darin, daß der Großherzog als Eigentümer seinen Sitz nicht mehr in Weimar hatte und ihm bei seinen Verhandlungen mit dem Staate ein Insitzrecht im Großherzoglichen Schloß, dem er erst vor wenigen Jahren einen neuen Wohnflügel anbaute, streitig gemacht wurde. Das Goethe- und Schiller-Archiv ist nämlich eine von der Großherzogin Sophie, welcher die letzten Goethes den gesamten handschriftlichen Nachlaß ihres Großvaters überlassen hatten, errichtete und von dieser mit eigenen Mitteln ausgestattete Stiftung, in deren Statuten u. a. festgelegt ist, daß das Archiv stets sich dort befinden muß, wo das Oberhaupt des Fürstenhauses seinen Wohnsitz hat. Nach Lage der Verhältnisse war also, da der Großherzog in Heinrichau residiert, die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß dieser, auf seinem Schein bestehend, das Archiv von Weimar wegnahm. Diese Gefahr scheint also jetzt dadurch beseitigt, daß Weimar als Wohnsitz des Großherzogs anerkannt worden ist. Bedauerlicherweise hat das Archiv aber unter der allgemeinen Geldentwertung insofern schwer zu leiden, als das Stiftungskapital, das früher für die Besoldung mehrerer Beamter ausreichte, jetzt nicht mehr genügt. Die Folge davon war, daß der als Assistent an dem Institut seit 1913 tätige, rühmlichst bekannte Goetheforscher, Prof. Dr. Hans Gerhard Gräf, der verdienstvolle Herausgeber des Goethe-Jahrbuches, aus seiner Stellung ausscheiden mußte. — Als Kuriosum mag darauf hingewiesen werden, daß am 28. Juni d. Js. gerade 25 Jahre seit der Einweihung dieses weltbekannten Instituts verflossen waren, dieser Jubiläumstag aber vollständig übersehen worden ist.

Hochschulnachrichten.

Der Professor für Violine an der Akademie der Tonkunst in München Alexander Petschnikoff tritt zum 1. September d. J. in den dauernden Ruhestand. Der aus dem Gouvernement Orel (Rußland) stammende Violinvirtuose war Schüler des Professors Joh. Hrimaly am Moskauer Konservatorium. — Der Göttinger Privatdozent Prof. Dr. Bernhard Dürken, zurzeit beauftragt mit der Vertretung des Ordinarius für Zoologie an der Universität Gießen, hat einen Ruf an die Universität Breslau als Abteilungsvorsteher am anatomischen Institut als Nachfolger von Prof. H. Triepel erhalten und angenommen. Dürken, geboren 1881 zu Geeste, Kreis Meppen, war Assistent am Göttinger zoologisch-zootomischen Institut bei Prof. Ehlers und erwirkte ebenda Michaelis 1911 seine Zulassung als Privatdozent für Zoologie. Später erhielt Dürken das Prädikat Professor und 1920 einen Lehrauftrag für vergleichende und experimentelle Entwicklungsgeschichte. Dürkens Spezialarbeitsgebiet ist Experimentalzoologie. Seine Hauptwerke sind: „Die Hauptprobleme der Biologie" 1910; „Einführung in die Experimentalzoologie" 1919. — Der Chemieprofessor Dr. Julius von Braun (Berlin) hat den Ruf an die Universität Wien abgelehnt. — Prof. Dr. phil., Dr.-Ing. Leon Lichtenstein in Münster wird der Berufung nach Leipzig als Ordinarius der Mathematik zum 1. April 1922 Folge leisten.

Provinzial-Nachrichten.

Aken, 18. August. (Ein aufregender Vorfall) spielte sich am Dienstag abend auf dem Schützenplatze ab. Ein Künstler, der dem Publikum die Künste des „lebendig Begrabens" vorführen wollte, geriet dabei in ernste Lebensgefahr. Nachdem er sich in einem ca. 1½ Meter tiefen Loche hatte eingraben lassen, warteten die Gäste des Künstlers 10 Minuten vergebens, daß er sich wieder herausarbeiten sollte. Es verstrichen 15 Minuten und er blieb „tot". Nun gingen einige beherzte Männer daran, den Unglücklichen herauszugraben und es war wirklich die höchste Zeit. Er hätte seine Kunst bald mit dem Leben bezahlt, wäre nicht in letzter Minute Hilfe gekommen. Vollständig erschöpft brachte man ihn ans Tageslicht und die Besucher hatten große Mühe, ihn durch Atreiben wieder zum Leben zurückzurufen.

Waltershausen, 18. August. (Abgekürztes Verfahren.) Kürzlich konnte hier ein Spitzbube festgenommen werden, der den Rock eines ackerndes Landwirts gestohlen hatte. Da man erfuhr, daß der Landjäger im benachbarten Kirchheim beurlaubt ist, schritt man zum „abgekürzten Verfahren", d. h. der Festgenommene wurde nicht der Behörde überliefert, sondern nach allen Regeln der Kunst verprügelt und dann wieder in Freiheit gesetzt. Er versprach, in hiesiger Gegend sich nie wieder blicken lassen zu wollen. Man glaubte ihm das aufs Wort.

Staßfurt, 19. August. (Bäckermeister-Bezirkstag.) Auf dem hiesigen von etwa 300 Bäckermeistern besuchten Bäckermeister-Bezirkstag des Kreises Calbe wurde mit Schärfe einmütig der Meinung Ausdruck gegeben, daß an den markenfreien Brötchen und an dem markenfreien Brot auf keinen Fall mehr verdient werden dürfe, als an dem rationierten Gebäck. Nur durch annähernd gleiche Preise sei es möglich, die verteuernde Zwangswirtschaft zu beseitigen. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der Festsetzung des Brotpreises im Kreise Calbe und faßte eine Entschließung, wonach das Bäckerhandwerk des Kreises den am 9. August vorbehaltlich angenommenen Brotpreis (6,15 Mark für ein 4-Pfund-Brot) als bindend unter gewissen Bedingungen anerkennt. In der erregten Aussprache wurde der Vorwurf nachdrücklich zurückgewiesen, als ob das Bäckerhandwerk an der Verteuerung des Brotes schuld sei. Die Verteuerung sei vielmehr auf die hohen Verwaltungskosten der Zwangswirtschaft zurückzuführen.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung: Sonntag, den 21. August. Inhalt: Die Schmiere. Novelle von Otto Stoß I. — Die letzte Nacht. Von Adolf Kassau. — Kleines Wissen. Von Prof. Y. — Der Buddha mit der Lotosblüte. Von Thea von Harbou. — Parabeln. Von Freiherr von Taube. — Rätsel.

Notgeld auf Reisen.

Aus den Notizen eines „Schnelltouristen".

Von

Gustav Hochstetter.

(Nachdruck verboten.)

Zu jenen nebelhaft fernen Zeiten, da der Deutsche unbelästigt durch alle Erdteile pilgern konnte, beherbergte meine Schreibtisch-Schublade ein Kästchen mit der Aufschrift „Auslands-Geld". Wurde das Kästchen geöffnet, dann blinkten aus seinen sauber abgeteilten Fächern Silber-, Nickel- und Kupfermünzen aus vielen Herren Länder. Ein Fach beherbergte die schweizerischen, eines die italienischen „Sorten". England, Dänemark, Rußland, Frankreich und die Türkei waren vertreten. Ich setzte meinen Stolz darin, daß ich immer gleich dem ersten ausländischen Gepäckträger den Sold in der Währung seines Landes zahlen konnte. Und außerdem war es stets ein Wonnegefühl für mich, wenn ich vor der Abreise daheim in Berlin ein bißchen in den Franken, Kronen oder Schillings wühlen konnte: da fühlte ich mich sozusagen schon zu Hause auf Reisen, und bekanntlich ist ja keine Freude größer als die Vorfreude. (N. B.: für uns gute Menschen; bei den bösen ist die Schadenfreude der Gipfel.) Anno 1915 hab ich den Inhalt des Kästchens dem Roten Kreuz geschenkt.

Der Genuß, fremdartiges Geld in der Hand zu halten, winkt uns heute auch schon innerhalb Deutschlands in reichem, ja in überreichem Maße. Kaum sind wir ein paar Meilen von unserem Wohnsitz entfernt, da beginnt das Portefeuille sich mit „außerhalbischen" Scheinen zu füllen. Und zu Leipzig war es, in einem sympathischen Restaurant, einem urgemütlichen Weinkeller, wo Frau Christine und ich ein müßiges Stündchen damit ausfüllten, einander die Münzen und Scheine zu zeigen, die unsere gemeinsame große Autoreise durchs neue Deutschland uns in die Taschen gejagt hatte.

Das unterhaltsamste waren die „Oecher Groschen" (zu deutsch Aachener Groschen), die das naturgetreue Portrait einer Aachener Marktfrau weisen, und das Pirmasenser Zehnpfennigstück, das als Wappen einen hohen Damenstiefel zeigt, so deutlich, daß man jeden Knopf zählen kann und daß jeder Empfänger lächelt: „Ach ja natürlich, Pirmasens, die Stadt der Schuhfabrikation!"

Weniger ideenreich ist das papierne Kölner Notgeld; „in allen Preislagen" trägt jeder Schein ein Abbild des Kölner Domes. Noch bequemer ollerdings hat sich's z. B. die Stadt Goslar gemacht, die bei ihren Scheinen die Rückseite weiß läßt. Für Notizen, verehrter Magistrat? Düsseldorf zeigt einen guten Geschmack, verzichtet auf überladener Schmuck und imponiert nur durch gediegene Anordnung des zweifarbigen Satzes. Frankfurt a. M. hat seine kleinen Scheine zu wahren „Ansichtskarten" ausgestaltet, für 25 Pfennig bekommst du ein ganzes Stadtbild.

Die Fünfzigpfennigscheine der Stadt Halle sind vorne kaffeebraun, hinten zuckerblau — eine angenehme Mischung. Der Zwanzigpfennigschein der Stadt Londern zeigt auf der einen Seite deutschen, auf der anderen dänischen Text. Die Markscheine der Bayerischen Staatsbank zu Nürnberg sehen den reichsdeutschen Markscheinen fast zum Verwechseln ähnlich.

Leipzig selber, das uns heute beherbergte, sucht gar durch zweierlei Notgeld der Geldnot zu steuern. Für den „Bezirksverband Leipzig-Land" gibt es da Gutscheine, die à la Goslar hinten weiß gelassen sind, wohingegen die Stadt Leipzig doppelseitig bedrucktes Papiergeld ausgibt, dessen reich ausgestattete Vorderseite mehrfach die Buchstaben „Pf." zeigt, während die anspruchslosere Rückseite ebenso oft das Monogramm „M. M." aufweist. Daß mit „Pf." das Wort „Pfennig" gemeint sei, war beim ersten Blick klar; aber was sollte „M. M." bedeuten? Wir fragten den Oberkellner. „M. M.?" antwortete er, „das ist natürlich die bekannte Sektmarke, darf ich eins bringen?" Und als wir seiner Empfehlung gefolgt waren, lieh er uns eine Lupe, durch deren Vergrößerungsglas wir feststellen konnten, daß in Wirklichkeit mit M. M. hier „Muster-Meise" gemeint war, denn in mikroskopisch winziger Schrift fand sich nun auf der Rückseite des Scheines das Wort „Muster-Meise" unzählige Male wiederholt.

Außer städtischem Notgeld gibt es aber auch noch unzählige Arten „privaten" Papiergeldes. Da bringt zum Beispiel eine Handelsgesellschaft in Berlin-Friedenau einen Schein heraus, der links eine Klappe hat, hinter der sich — durch ein ausgestanztes Loch sichtbar — eine Zehnpfennigmarke verbirgt. Eine Anzahl von Kaufhäusern verausgabt knopfähnliche Gebilde, wo zwischen einem Glimmerplättchen und einer festeren, reklamebedruckten Rückseite eine Briefmarke eingeklemmt ist, die den Wert des „Knopfes" bestimmt. Diese „privaten" Geldersatzarten sind in der Herstellung kostspielig und deshalb zum Eintagsfliegendasein verurteilt. Aber mit dem Stadtgeld machen die Magistrate sicher glänzende „Geschäfte", seine Erzeugung ist verhältnismäßig wohlfeil, und gewiß wird nur ein geringer Teil den städtischen Kassen zur Einlösung vorgelegt. Unzählige Scheine „verkrümeln" sich, gehen verloren, werden so brüchig, daß gutsituierte Besitzer sie fortwerfen. Wiederum ungezählte Massen von Geldscheinen werden von Sammlern gehamstert, von denen viele diesen Sport sogar gewerbsmäßig betreiben. Ein gut Teil von all diesen kleinen Scheinen verflüchtigt sich aber auch dadurch, daß es ins Portefeuille von Reisenden gelangt, die sich — wie ich — erst später den Schaden besehen und dann nicht wissen, wie sie den Schaden loswerden können. Soll ich etwa eine Fünfgroschennote brieflich dem Magistrat von Köln einsenden, damit er mir den Betrag in bar übermittelt? Die Auslagen für Schreibpapier, Briefumschlag und Postgebühren würden das Dreifache des Notenwertes betragen. Da mache ich schon lieber gute Miene zum bösen Spiel, und wenn ich wieder zu Hause bin, werde ich das vielteilige Kästchen mit der Aufschrift „Auslands-Geld" für Stadtscheine einrichten. Wenn Besuch kommt, werde ich dann voll Stolz fragen: „Wollen Sie mal meine Not-Noten-Sammlung sehen?", aber ich werde wohl in den meisten Fällen die Antwort erhalten: „Nee, danke, ich habe selbst eine!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210820037/fragment/page=0002